



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt

Ina Menzel

Telefon (0421) 361 **89451**

Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet

www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

9-05 Me/ko

Bremen, **13. Oktober 2014**

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2015

Sehr geehrte Frau Linnert,

der Gesamtpersonalrat bedankt sich für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2015.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass im nächsten Jahr die Gesamtzahl der angebotenen Ausbildungsplätze gegenüber den Vorjahren steigt. Zur Erreichung der in der Senatsvorlage beschriebenen Ziele ist dies ein wichtiger Schritt.

Im Bereich der bedarfsbezogenen Ausbildung ist die Anzahl der geplanten Ausbildungsplätze jedoch nicht durchgängig ausreichend, um die bereits eingetretenen bzw. bis 2018 absehbaren Personalabgänge zu kompensieren und den vielfach steigenden Anforderungen an den öffentlichen Dienst mit qualifiziertem Personal begegnen zu können.

Im Einzelnen kommentieren wir die Senatsvorlage wie folgt:

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass im nächsten Jahr wieder **40 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter** eingestellt werden sollen. Die Bedarfe für Personal der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt werden damit allein jedoch nicht zu decken sein. Die Gewinnung zusätzlicher Kräfte insbesondere aus Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) hat sich gerade in den Auswahlverfahren in diesem Jahr als zunehmend schwieriger herausgestellt. Die Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt dürfte sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Die Reduzierung der Einstellungszahl auf **30 Auszubildende im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter“** wird nach Auffassung des Gesamtpersonalrats dem Bedarf nicht gerecht. Eine Aufstockung der Ausbildungszahlen sollte daher angestrebt werden.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass im September 2015 ein **Lehrgang für den Aufstieg für Beamtinnen und Beamte** der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt bzw. zur **Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt** beginnen soll.

Justizfachangestellte und RechtspflegerInnen sind nicht auf dem freien Markt zu bekommen, die vorgesehenen Ausbildungszahlen werden den Bedarf der Gerichte an qualifiziertem Personal angesichts der bestehenden Belastungen, der absehbaren Personalabgänge und der Anforderungen, die durch die Einführung der elektronischen Akte (e-justice ab 2018) nicht decken können.

Positiv bewertet der Gesamtpersonalrat, dass für die Sicherstellung der kontinuierlichen Fortsetzung der Ausbildung an der Verwaltungsschule zusätzliche **Unterrichtskapazitäten** sowohl für den Bereich der Verwaltungsfachangestellten wie der Justizfachangestellten geschaffen werden.

Die für 2015 geplanten **12 Ausbildungsplätze im Bereich des Justizvollzugs** sind aus Sicht des Gesamtpersonalrats angesichts der absehbaren Abgänge und der hohen gesundheitlichen Belastung der Beschäftigten zur Abdeckung des Personalbedarfs nicht ausreichend. Hier ist eine Aufstockung notwendig, insbesondere um auch für den Bereich des Werkdienstes ausbilden zu können.

Die Einstellung von insgesamt **100 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei** ist nach Auffassung des Gesamtpersonalrats nicht ausreichend, um die Zielzahlen im Jahre 2018 zu erfüllen. Nur durch Einstellung von 130 Anwärterinnen und Anwärtern ist ein konstanter Personalkörper sicherzustellen. Die Kapazitäten für eine höhere Anzahl von Auszubildenden sind offenbar vorhanden und sollten genutzt werden.

Die vorgesehene Einstellung von **16 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr** zum 1. Oktober 2015 deckt den Bedarf bei weitem nicht. Trotz Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen wurde im laufenden Jahr an ca. jedem dritten Tag die vom Senat festgelegte Mindestfunktionsstärke nicht erreicht. Für die Prüfung weiterer Einstellungsmöglichkeiten, wie bereits zur Ausbildungsplanung 2014, erneut auf ein ausstehendes Brandschutzkonzept zu verweisen, wird den Bedarfen in keiner Weise gerecht. Neben der Einstellung von 16 weiteren Anwärterinnen und Anwärtern zum 1. April 2015 ist die Einstellung von 2 Anwärterinnen/Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt erforderlich. Zur Abdeckung von weiteren Funktionen ist zudem für 5 Beamtinnen und Beamte der Regelaufstieg aus der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in die Laufbahngruppe 2., 1. Einstiegsamt zu ermöglichen.

Die **Steuerverwaltung**, als große Einnahmeverwaltung, wird trotz kontinuierlicher Fortsetzung der Ausbildung weiter geschwächt, da die Anzahl der Ausbildungsplätze nicht ausreicht, um die in den nächsten Jahren zu erwartenden Abgänge zu ersetzen. Wir halten eine Anhebung der Anzahl der Ausbildungsplätze für dringend erforderlich.

Die vorgesehene **Änderung des Personalvertretungsgesetzes** wird vom Gesamtpersonalrat ausdrücklich begrüßt, sie wird die Interessenvertretung für die Jugendlichen und Auszubildenden erleichtern und die Kontinuität der Arbeit der Ausbildungspersonalräte verbessern.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Doris Hülsmeier', followed by a long horizontal line extending to the right.

Doris Hülsmeier
Vorsitzende